

ONLINE-MATERIAL

ZUR STUDIE «PORTIONIERTER ARMUT, BLACKBOX REICHTUM. DIE ANGST DES JOURNALISMUS VOR DER SOZIALEN KLUFT» VON HANS-JÜRGEN ARLT UND WOLFGANG STORZ

INTERVIEW MIT DIETER LEHMKUHL, SPRECHER DER INITIATIVE VERMÖGENDE FÜR EINE VERMÖGENSABGABE, BERLIN, 13. JUNI 2012

Seit wann gibt es Ihre Initiative?

Lehmkuhl: Wir haben im Jahr 2009 begonnen. Wir haben auf einer Strategie-Konferenz der Bewegungsstiftung in einer Arbeitsgruppe diskutiert, inwieweit wir das Thema, die Wohlhabenden und Reichen sollten stärker zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise herangezogen werden, in die Öffentlichkeit bringen können. Das wurde inhaltlich sehr geteilt, aber es gab auch eine große Zurückhaltung unter Wohlhabenden, sich in der Öffentlichkeit als Reiche zu outen.

Warum?

Lehmkuhl: Da gibt es mehrere Gründe. Wohlhabende und Reiche machen das aus verschiedenen Motiven ungern. Da gibt es die Überlegung, man stoße dann auf Neid und Missgunst oder man werde dann angesprochen wegen Spenden oder Unterstützungen jeglicher Art, habe dann `falsche Freunde`. Von vielen ist auch gar nicht bekannt, dass sie reich sind, dann ist die Frage, wie reagiert die Umgebung, die Nachbarschaft darauf. Auch der bürgerliche Geldadel, aus dem die meisten von uns wohl stammen, ist sicher historisch und kulturell zurückhaltender in der Darstellung und Öffentlichmachung seines Reichtums. Mir ist das ja auch so gegangen. Ich wollte nicht, dass die Nachbarn das so wissen. Auch Angst vor Einbruch und anderem spielte eine Rolle. Es gibt also ein ganzes Bündel von Gründen. Und dann gibt es ja diesen begrifflichen Unterschied zwischen einem Wohlhabenden und einem Millionär. Millionär hat oft eine negative Konnotation. Meine Frau findet es daher überhaupt nicht gut, wenn ich in den Medien als Millionär dargestellt werde. Millionär, das hat nach meinem Empfinden mit so etwas wie unverdienten und leistungslosen Besitz zu tun, z.T. auch mit protziger Darstellung des Reichtums als Statusmarker.

Meine Idee war ja zuerst ganz naiv, wir geben in einer renommierten Zeitung eine Anzeige auf, in der wir fordern, die Reichen sollen mit einer Abgabe stärker zur Finanzierung der Krise und der öffentlichen Aufgaben herangezogen werden. Und dann haben erfahrenere Leute bei uns gesagt, das läuft so nicht, das ist ein Tabubruch, deshalb werdet Ihr dann von Medien-Anfragen überflutet und das müsst Ihr mindestens eine Zeitlang bewältigen.

Vor diesem Hintergrund also gab es diese Skepsis: Schaffen wird das überhaupt, wollen wir das überhaupt?

Und dann hat sich aber trotzdem eine kleine Gruppe gefunden, die gesagt hat, wir machen's mal. Wir hatten aber ein Netzwerk, das uns beraten und unterstützt hat. Also wir waren zuerst so 15 Leute von der Bewegungsstiftung, dann kamen noch weitere Stifter von anderen Stiftungen hinzu, so waren wir 22 Erst-Unterzeichner. Davon hat sich dann etwa die Hälfte geoutet, die anderen wollten anonym bleiben. Dann sind wir im Mai 2009 mit dem Appell an die Öffentlichkeit gegangen mit einer Anzeige in Der Zeit und einer Pressekonferenz am gleichen Tag in Berlin. Und da waren wir doch sehr überrascht, da waren dann 30, 40 Medienvertreter, auch mehrere Fernsehteams. Das hat dann einige Wochen angehalten mit Interviewanfragen. Dann ebte das ab. Im Zusammenhang mit unserer zweiten Aktion war ich auch einmal bei der Talkshow von Anne Will eingeladen.

Unsere Initiative war ja ursprünglich als eine zeitlich befristete Aktion gedacht. Wir sind jetzt immer noch aktiv und die Gruppe der Unterzeichner ist auf über 60 angewachsen. Bisher war es uns nicht gelungen, Wohlhabende zu gewinnen, die auch prominent sind. Deshalb haben wir Anfang dieses Jahres noch einmal eine kleine Aktion gestartet und haben solche Leute angeschrieben, von denen wir dachten, die wollen eventuell dabei sein. Ein auch international sehr angesehener Wissenschaftler und einen Bundestagsabgeordneten konnten wir so gewinnen.

Und wir stellen heute fest, dass unsere Forderung fast im Mainstream angekommen ist. Das ist natürlich nicht unser Verdienst, aber wir haben dazu beigetragen.

Würden Sie bitte das Medienecho auf Ihre erste Pressekonferenz noch etwas bewerten aus Ihrer subjektiven Sicht? Waren die Berichte sachlich korrekt, eher positiv für Sie oder eher negativ?

Lehmkuhl: Ich war überrascht über den Umfang des Interesses und der sich anschließenden Berichterstattung. Ich war auch überrascht über die recht wohlwollende Berichterstattung. Von wenigen Ausnahmen abgesehen war das im Prinzip in Ordnung. Der Meinung über die Presseberichterstattung bis heute ist übrigens auch Herr Vollmer, der später zu uns gestoßen ist, und der mit mir zusammen die Rolle des Sprechers übernommen hat. Wenn etwas kommt, dann ist es meist aus unserer Sicht in Ordnung. Was es natürlich immer wieder gibt, das sind dann begleitende Kommentare, in denen wir vom Tenor her als Idealisten oder Gutmenschen charakterisiert werden, was wohl nichts anderes heißen soll, als dass man uns nicht so ernst nehmen soll.

Allerdings unbegreiflich bis heute ist für mich Folgendes: Im Herbst 2010 stellte attac auf einer Pressekonferenz, an der wir als Mitveranstalter beteiligt waren, im Gebäude der Bundespressekonferenz sein Alternativkonzept «Umverteilen statt kürzen» zum Sparpaket der Regierung vor. Nur zwei oder drei Pressevertreter – ich war nicht da – sollen zugegen gewesen sein. So weit ich weiß, wurde in den Mainstreammedien überhaupt nicht darüber berichtet, auch nicht in der TAZ. Also ein richtiger Flop. Dabei handelt es sich bei dem Papier um einen fundierten konsistenten Gegenentwurf, wie ich keinen besseren kenne. Über so etwas müssen Medien berichten, wenn sie ihrer Aufgabe in der Demokratie nachkommen wollen.

Aber das war nicht der Haupttenor, sondern spielte immer wieder am Rande nur eine Rolle?

Lehmkuhl: Ja, genauso fasse ich das zusammen.

Ich will noch etwas über eine eigene Beobachtung sagen in diesem ganzen Prozess. Ich bin einerseits ein sehr intensiver Zeitungsleser. Und ich habe mich auf unsere Pressekonferenz natürlich sehr intensiv vorbereitet, habe viele Untersuchungen und Studien gelesen. Und ich war dann doch sehr überrascht, wie tief das Gefälle zwischen arm und reich in Deutschland ist. Das habe ich zuvor über meine Zeitungslektüre nicht erfahren. Das ist mir erst über meine intensive Beschäftigung mit dieser Frage klar geworden.

Waren damals auch Boulevard-Medien dabei, die darüber berichtet haben?

Lehmkuhl: Nein, nach meiner Erinnerung nicht. Das wäre ja eigentlich für die Bild-Zeitung *die* Schlagzeile gewesen, aber daran kann ich mich nicht erinnern, dass da was Größeres gekommen war.

Sie sind seit etwa drei Jahren aktiv. Wie beschreiben Sie in Gänze das Echo in den Medien über Ihre Arbeit?

Lehmkuhl: Wir hatten drei Höhepunkte. Der erste Höhepunkt war in Verbindung mit unserer ersten Pressekonferenz. Das ging dann von Mai bis kurz vor der Sommerpause 2009. Dann war das erst mal vorbei. Wir haben in dieser Phase auch so viel Zuspruch bekommen, dass alle gesagt haben, macht doch weiter. Ihr übernehmt ja eine Rolle und eine Funktion, die andere nicht übernehmen können, die könnt nur Ihr als Wohlhabende und Reiche übernehmen. Dann haben wir gesagt, machen wir weiter bis zu den Koalitionsverhandlungen. Und da hatten wir zum richtigen Zeitpunkt das Richtige gemacht: Wir haben am Tag der abschließenden Koalitionsverhandlungen vor dem Verhandlungsort mit Hilfe einer Agentur ein virtuelles Loch in den Boden gemacht und haben das dann mit Bildern und unechten Geldscheinen gefüllt, um zu signalisieren, wir sind bereit mehr Geld über eine Abgabe zu bezahlen, um etwa für die Umwelt und die Bildung und gegen die Armut zu tun. Und da sind die Medien noch einmal groß angesprungen, auch internationalen Medien wie BBC, die London Times und sogar aus Brasilien, das war also der zweite Höhepunkt. Das Echo war ähnlich positiv wie beim ersten Mal. Ich hatte damals den Eindruck, man hat uns schon etwas ernster genommen und hat gesagt, das ist keine Eintagsfliege, die bleiben an dem Thema dran. Vielleicht noch eine kleine Anmerkung: Mein Eindruck war, dass die ausländischen Medien unser Anliegen noch neutraler und differenzierter wiedergegeben haben, als die deutschen. Es waren dort aber auch vor allem die Qualitätsmedien, die über uns berichtet haben.

Und der dritte Höhepunkt war die Initiative «Giving Pledge» der US-Milliardäre Buffett und Gates im Sommer 2010, da ging wieder ein Sturm los. Da hatten wir also sicher auch 15 bis 20 Anfragen für Interviews, die ich dann auch gegeben habe. Da waren wir schon gefragte Gesprächspartner. Die Medien wollten von uns wissen, was haltet Ihr von dieser Initiative, ist das nicht eine Alternative zu Ihrer Abgaben-Lösung. Und wir mussten da eine differenzierte Position finden zu der Frage, wie die Reichen stärker beteiligt werden sollen. Also über Stiftungen, was heißt, die Wohlhabenden machen das freiwillig nach eigenen Vorstellungen und entscheiden auch darüber, wofür das Geld eingesetzt wird. Oder in dem von uns geplanten Sinne, so dass alle Wohlhabenden über eine Abgabe mehr bezahlen müssen und öffentliche Gremien wie die Parlamente darüber entscheiden, wie das Geld eingesetzt wird. Das war gut für uns, unsere eigene Position zum Verhältnis privater Philanthropie und staatlicher Aufgaben noch einmal zu

präzisieren und zu schärfen. Denn diese Stiftungsgelder in den USA sind ja faktisch der öffentlichen Kontrolle und Entscheidung entzogen und das ist nicht unsere Position. Außerdem entziehen sie durch die erhebliche Steuerpräferenz – bis zu 50% der gestifteten Gelder – sind so entgangene Steuergelder. Und in einem ähnlichen Umfang hatten wir dann wieder Anfragen, als französische Milliardäre (Taxez nous) im vergangenen Herbst eine ähnliche Initiative ergriffen hatten.

Haben Sie das Gefühl, dass Sie für die Medien in die Rolle der Experten gerutscht sind? Also dass Sie auch angerufen werden, wenn es wieder einmal eine öffentliche Debatte über die Vermögenssteuer oder Erbschaftssteuer gibt, dass Medien sagen, wir rufen bei Ihrer Initiative an und wollen wissen, was die von dieser Diskussion halten.

Lehmkuhl: Nein, Experten sind wir für die Medien eher nicht. Ich erinnere mich an zwei oder drei Fälle, wo wir von Medien zu Hintergrundmaterial oder um eine Information bei Ihrer Recherche gebeten wurden. Einmal waren wir bei der Bundestagsfraktion der Grünen zu einem Workshop und zu Fachgesprächen eingeladen. Und DIE LINKE hatte Interesse an einem Gespräch mit uns bekundet. Aber das waren auch die einzigen Reaktionen aus dem Bereich der Politik.

Machen Sie eine regelmäßige Pressearbeit?

Lehmkuhl: Wir nehmen immer wieder Stellung, wenn beispielsweise Parteien zu unserem Thema einer Vermögensabgabe Initiativen ergreifen oder wenn die Memorandums-Gruppe alternativer Wirtschaftswissenschaftler, wie kürzlich, zu diesem Thema etwas sagt.

So werden wir uns sicher auch äußern, wenn in diesem Jahr der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung erscheint. Wenn wir uns ohne Anlass zu Wort melden, dann hält sich die Aufmerksamkeit der Medien in Grenzen. Aber wir bringen uns so immer wieder in Erinnerung, obwohl wir weder neue Gesichter noch neue Botschaften zu bieten haben.

Wie bewerten Sie den heutigen Mainstream rund um die Stichworte Armut, Reichtum, soziale Klüfte? Hat er sich verändert in den vergangenen fünf Jahren und wenn ja, wie?

Lehmkuhl: In einem Punkt hat er sich eindeutig verändert: Der Kampfbegriff «Neiddebatte» wird in der Debatte um Ungleichheit bzw. Steuererhöhung kaum noch benutzt. Die Daten und Fakten über die Entwicklung sind in der öffentlichen Diskussion mehr und mehr präsent und lassen sich nicht mehr leugnen. Das war im letzten Bundestagswahlkampf noch ganz anders, wenn Sie beispielsweise an Westerwelle «spätromische Dekadenz» und Sloterdijks «Revolution der gebenden Hand» und die Forderungen nach Steuersenkung denken. Auch die Oppositionsparteien haben, wenn auch meist noch völlig unzureichend, eine höhere Besteuerung von Vermögen und Einkommen in Ihren Programmen. Und auch bei wichtigen Organisationen und Institutionen wie beispielsweise der OECD verändern sich die Agenda und die Grundeinstellung zu diesem Thema. Die gehen mit sehr viel mehr Sensibilität und Aufmerksamkeit darauf ein. Die OECD hatte uns zu dem Begleitforum Ihrer diesjährigen Jahresversammlung als Diskussionsteilnehmer eingeladen. Da ging es auch um Themen wie inklusive *growth*, also Wachstum, von dem alle profitieren, oder *inequality* oder *generating trust* usw. Oder: Eine Studie der Boston Consulting Group empfiehlt inzwischen eine europaweit solidarisch ausgestaltete 30% Vermögensabgabe zur Restrukturierung der Schulden und für einen Restart der Wirtschaft. Oder schauen Sie, welche Positionen beispielsweise der FAZ-Herausgeber Schirrmacher inzwischen einnimmt. Auch Paul Kirchhof äußert sich eindeutig über den «Feudalismus» in unserem Steuersystem und, und, und ... Mit die interessantesten Debatten zur Krise finden im Feuilleton der FAZ bzw. der F.A.S. statt. Allerdings hat das Thema wachsende Ungleichheit, die Refeudalisierung von Vermögen und Einkommen noch längst nicht den zentralen Stellenwert in der öffentlichen Debatte, der ihm zukommen sollte: nicht zuletzt wegen der fatalen Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In der breiteren Öffentlichkeit ist bisher noch gar nicht wirklich angekommen, dass die Wohlstandsgewinnen durch Wachstum nur noch an die oberen 10% gehen und die Chancen, sozial aufzusteigen, immer geringer werden. Auch die historisch und im Vergleich der Alt-EU-Länder geringere steuerliche Belastung der Reichen und Unternehmen, das Ausmaß der legalen und illegalen Steuerhinterziehung bzw. -gestaltung wird nach meiner Erfahrung kaum thematisiert bzw. bewusst verschleiert. Auch die Primärverteilung von Einkommen als Frage der Fairness ist im Mainstream kaum ein Thema, ebenso wenig, dass alle diese Themen elementar mit Fragen der Demokratie und der Freiheit (Verwirklichungschancen) verbunden sind. Die Debatte ist aber offener geworden. Die Krise hat alte Denkmuster und falsche Gewissheiten erschüttert. Der Wind dreht sich. Das alles wäre vor drei, vier Jahren noch nicht vorstellbar gewesen.